

Rentenalter 62 entspricht längst der Realität

Eine ungekürzte Rente ab 62 Jahren ist für die Initianten einer der zwei AHV-Initiativen die Antwort auf die Flexibilisierung der Wirtschaft.

Bern. – Die am 26. November zur Abstimmung gelangenden Initiativen des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) und der Grünen verlangen eine volle AHV-Rente ab 62 Jahren für alle, die sich aus dem Berufsleben zurückziehen. Laut SKV-Präsident, Nationalrat Alexander Tschäppät (SP, BE), gibt es in der Wirtschaft alarmierende Zeichen, die die Flexibilisierung des Rentenalters zwingend machen. Bei Swisscom gebe es keine Mitarbeiter mehr über 55 Jahren, beim Bund würden nur zwölf Prozent der Angestellten bis zum ordentlichen Rentenalter 65 arbeiten. Mit der Initiative werde nicht eine generelle Pensionierung mit 62 eingeführt. Jene, die nicht mehr arbeiten wollten oder könnten, sollten aber ihre volle Rente erhalten. Das reichste Land der Welt könne sich eine Ruhestandsrente leisten, die ein würdiges Leben ermögliche, sagte Tschäppät an einer Medienkonferenz in Bern.

Übertriebene Kostenschätzung

Die Kostenschätzung des Bundesrates von jährlich 1,6 Milliarden Franken für das flexible Rentenalter 62 treffe angesichts der guten Wirtschaftslage nicht mehr zu, meinte Tschäppät weiter. Denke man an die Steuergeschenke an Banken, Hauseigentümer und besser Verdienende, sei der von den Bürgerlichen vorausgesagte Ruin der AHV realitätsfremd. Wenn die Wirtschaft Verständnis für flexible Ar-

beitsverhältnisse verlange, müsse sie auch bereit sein, den Preis bei den Sozialwerken zu zahlen. Das mit der 11. AHV-Revision vorgeschlagene flexible Rentenalter schliesse dagegen sozial Schwächere aus, weil Renten gekürzt würden.

Die frühzeitige Zwangspensionierung sei heute eine Realität, sagte Vital Stutz, Vizepräsident der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA). Die Wirtschaft und die meisten Politiker seien allerdings die Antwort schuldig geblieben, wie Leuten über 62 eine Arbeit zugesichert werden könne. Ein flexibles Rentenalter sei volkswirtschaftlich sinnvoll, da in schlechten Zeiten die fehlende Beschäftigung auf würdige Weise kompensiert werden könne und kein Abschieben auf andere Sozialversicherungen erfolge. In guten Zeiten koste die Flexibilisierung wenig bis nichts, da die Wirtschaft dann ältere Arbeitskräfte brauche. In vielen Grossunternehmen habe es sich eingebürgert, Leute ab 62 oder 63 sozial abgedeckt auszurangieren, sagte Stutz weiter. Wo jedoch die Mittel fehlten, gehe die «Verjüngungskur» des Unternehmens auf Kosten der IV, des Krankentaggelds, der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe.

Vorzeitige Teilpensionierung

Der SKV reichte seine Initiative am 13. Mai 1996 ein, neun Tage später folgten die Grünen mit ihrem Begehren. Dieses geht weiter und verlangt die Möglichkeit einer vorzeitigen Teilpensionierung. Beide Initiativen sind eine Reaktion auf die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 64 bei der 10. AHV-Revision. Mit der in diesem Jahr ans Parlament verabschiedeten 11. AHV-Revision will der Bundesrat das Rentenalter auch für Frauen auf 65 Jahre erhöhen und gleichzeitig den vorzeitigen Bezug bei einer Rentenkürzung ermöglichen. (AP)